



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster, Dr. Herbert Kränzlein, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Martin Güll, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Ruth Müller, Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian Ritter, Georg Rosenthal, Reinhold Strobl, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein SPD**

**Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:**

**100 neue Planstellen für Obersekretäranwärter, Obersekretäranwärterinnen im Justizvollzugsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 04 05 (Justizvollzugsanstalten) werden im Stellenplan im Tit. 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst) im Jahr 2017 und im Jahr 2018 100 zusätzliche Planstellen für Obersekretäranwärter, Obersekretäranwärterinnen im Justizvollzugsdienst der BesGr. A 7 ausgebracht.

Infolge der neuen Planstellen erhöht sich die Stellenzahl der BesGr. A 6 – A 7 (Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen, Obersekretäranwärter, Obersekretäranwärterinnen im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter, Oberwerkmeisteranwärterinnen) in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 jeweils von 228 auf 328 Planstellen.

Zur Finanzierung der neuen Anwärterstellen wird im Kap. 04 05 im Tit. 422 21 (Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger) der Ansatz im Haushaltsjahr 2017 von 5.345,1 Tsd. Euro um 1.413,5 Tsd. Euro auf 6.758,6 Tsd. Euro und im Haushaltsjahr 2018 von 5.652,1 Tsd. Euro um 1.542,0 Tsd. Euro auf 7.194,1 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Der Justizvollzug in Bayern ist eine wichtige Säule der Inneren Sicherheit. Allerdings kann nur mit ausreichendem Personal in allen Laufbahnen des Justizvollzugs diese öffentliche Aufgabe erfüllt werden.

Zwar wurde die Personalausstattung der Justizvollzugsanstalten in der Vergangenheit fortlaufend verbessert und die Zahl der verfügbaren Stellen in den letzten zehn Jahren stieg um 12,53 Prozent von 4.996 auf 5.622 im Jahr 2016, trotzdem ist die Personalsituation gerade im allgemeinen Vollzugsdienst (aVD) weiterhin angespannt. Daher wurde der aVD um insgesamt 200 Planstellen verstärkt. Zur Umsetzung wurden zunächst im Nachtragshaushalt 2014 100 neue Stellen zur Ausbildung von Anwärtern ausgebracht, die im Doppelhaushalt 2015/2016 in Planstellen für den aVD umgewandelt wurden. Im Februar 2014 wurden im Vorgriff hierauf zusätzliche Anwärter eingestellt und zum Vorbereitungsdienst zugelassen. Damit konnten im Oktober 2015 über den regulären Ersatzbedarf hinaus zusätzlich 62 vollständig ausgebildete Anwärter an die Justizvollzugsanstalten zugewiesen werden. Nach Abschluss des Ausbildungsjahrgangs im August 2016 wurden weitere 38 Anwärter über den Ersatzbedarf hinaus zugeteilt. Die verbleibenden 100 Planstellen werden jetzt im Doppelhaushalt 2017/2018 ausgebracht. 100 Stellen der BesGr. A 6 – A 7 (Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen, Obersekretäranwärter, Obersekretäranwärterinnen im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter, Oberwerkmeisteranwärterinnen) werden im Haushaltsjahr 2017 von Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst) nach Titel 422 01 BesGr. A 7 (Obersekretäre, Obersekretärinnen – im Justizvollzugsdienst) und BesGr. A 8 (Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen – im Justizvollzugsdienst) umgewandelt. Es ist zu erwarten, dass sich durch diese Personalverstärkungen und auch durch die im Nachtragshaushalt 2016 infolge Zuwanderung und Integration ausgebrachten 10 Planstellen für Psychologen und 40 Planstellen für den aVD eine Verbesserung in den Anstalten einstellen wird. Insbesondere die 50 im Nachtragshaushalt 2016 ausgebrachten Planstellen sollen dazu beitragen, die besonderen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise sowie dem massiven Anstieg der Zahl inhaftierter Schleuser zu bewältigen und zugleich der weiteren Stärkung der Suizidprophylaxe im Justizvollzug dienen.

Gleichwohl müssen weiter Anwärter in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden, damit genügend Nachwuchskräfte für den zeitnahen Ersatz für ausscheidende Beamte und Beamtinnen des aVD und darüber hinaus zur Verfügung stehen. 78 neue Stellen für die Ausbildung im Justizvollzug werden 2017 für Regierungssekretäranwärterinnen und -anwärter, Obersekretäranwärterinnen und -anwärter im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärterinnen und

-anwärter geschaffen. Der Landesverband der Bayerischen Justizvollzugsbediensteten fordert in seiner Eingabe zum Justizhaushalt 2017/2018 darüber hinaus die Beibehaltung der im Nachtragshaushalt 2014 geschaffenen 100 Anwärterstellen, so dass sich der Stellenplan 2017 und 2018 um diese 100 Anwärterstellen von 228 Planstellen auf 328 Planstellen erhöht.